

## Moderne Kolonisierung

# Schlafender Riese und sozialer Sprengsatz

Die Guinea-Savanne in Afrika soll für die industrielle Landwirtschaft erschlossen werden

**Weltbank und Welternährungsorganisation wollen die Guinea-Savanne, ein Fünftel der Fläche Afrikas, in Agrarland umwandeln. Doch nicht Kleinbauern werden davon profitieren, sondern reiche Staaten und Konzerne. Die ersten kaufen bereits Land. Statt Ernährungssicherung sind Umweltzerstörung und Vertreibung zu erwarten. ■ VON UWE HOERING**

Endlose Graslandschaften, vereinzelte Bäume und Buschwerk, Viehherden: Die Guinea-Savanne erstreckt sich von Senegal im Westen bis Sudan und Äthiopien im Osten und – in einem zweiten Streifen – von Angola quer durch das südliche Afrika bis zur Ostküste.<sup>(1)</sup> Mit sechs Millionen Quadratkilometern ist das Gebiet, das sich durch zwei Dutzend afrikanische Länder zieht, sechzehnmal so groß wie Deutschland. Und es ist dünn besiedelt. Nomadische Hirtenvölker weiden hier ihre Herden, Kleinbauern pflanzen trotz unregelmäßiger Niederschläge, langer Trockenperioden und oft schlechter Böden Cassava, Mais, Baumwolle oder Soja an.

### FAO sieht „riesiges Potenzial“

In der Guinea-Savanne schlummert ein riesiges Potenzial, verkündeten jüngst die Weltbank und die UN-Landwirtschaftsorganisation FAO.<sup>(2)</sup> Wenn diese Region intensiv für die kommerzielle Landwirtschaft erschlossen würde, könnte Afrika zu einem Global Player in der Landwirtschaft werden. Das klingt vielversprechend für einen Kontinent, wo Millionen Menschen vom Feld in den Mund leben oder sogar hungern und gewaltige Nahrungsmittelimporte an den Devisenbeständen zehren. So könnte rein rechnerisch in dem gelobten Land jede zweite afrikanische Familie ein Stück Acker zugeteilt bekommen.

Doch dazu wird es wohl nicht kommen. Denn andere Interessenten stehen in den Startlöchern oder rücken bereits vor, um sich von dem „schlafenden Riesen“ ein Stück zu sichern. Zum Beispiel schloss der südkoreanische Daewoo-Konzern im Juli 2008 mit der Regierung von Madagaskar

einen Vertrag ab, der weltweit Schlagzeilen machte. Das Unternehmen pachtete 1,3 Millionen Hektar, die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Insel, um Mais und Ölpalmen anzubauen. Der Pachtpreis war eher symbolisch. Dafür versprach das Unternehmen, Straßen, Bewässerung und Vorratsspeicher zu finanzieren. Mit dem Projekt wollte Südkorea, der viertgrößte Maisimporteure, seine Abhängigkeit vom Weltmarkt verringern.

Daewoo ist einer der größten Investoren, aber bei Weitem nicht der einzige, der Interesse an Land in Afrika hat. Zahlreiche Golfstaaten, die zwar Geld, aber kaum Landwirtschaft haben, pachten auf der anderen Seite des Roten Meeres Land für Viehzucht, Futter und Nahrungsmittel wie Bohnen, Mais und Kartoffeln, bevorzugt im Sudan. Fondsunternehmen wie das britische Cru Investment Management versprechen mit Investitionen in Afrikas Landwirtschaft Erträge von 30 bis 40 Prozent. Und das Abkommen über 4.000 Quadratkilometer Land, das der US-amerikanische Investmentbanker Philippe Heilberg mit Paulino Matip, einem Warlord im Südsudan, schloss, erinnert an die koloniale Landnahme in Afrika in früheren Jahrhunderten.

### Landkauf ist lukrativ geworden

Das ganze Ausmaß dieser Entwicklung zu erfassen ist schwierig, weil Informationen spärlich sind und Regierungen und Investoren sich nicht gerne in die Karten schauen lassen. Die FAO errechnete, dass allein in Äthiopien, Ghana, Madagaskar, Mali und Sudan seit 2004 Vereinbarungen über annähernd 2,5 Millionen Hektar Land abgeschlossen wurden. Verglichen mit dem

Ausmaß der Guinea-Savanne sind das allerdings noch bescheidene Anfänge.

Erst waren es die Energiekrise und der Auftrieb für Agrartreibstoffe, die dazu führten, dass Unternehmen, Investmentfirmen und Pensionsfonds auf der Suche nach neuen, profitablen Anlagemöglichkeiten die Landwirtschaft entdeckt haben. Jetzt kommt die Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln dazu. Zwar sind nach dem spekulativen Höhenflug und den dadurch ausgelösten Brot- und Reis-Aufständen die Preise wieder zurückgegangen. Sie liegen aber immer noch deutlich über dem Durchschnittsniveau der vergangenen zehn Jahre. Und die FAO prognostiziert, dass sie auch hoch bleiben werden, weil zahlreiche strukturelle Ursachen wie Land- und Wassermangel weiterhin bestehen oder sogar stärker werden.

### Vertrauen in den Markt verloren

Wie Südkorea versuchen daher zahlreiche Länder, durch den Aufbau einer „Offshore“-Nahrungsmittelproduktion ihre Versorgung mit Nahrungsmitteln und agrarischen Rohstoffen abzusichern. Dazu gehören auch Japan, China, Vietnam und Indien, die Golfstaaten und Libyen, Großbritannien, Schweden und die USA. Wie die Lobbyorganisation GRAIN, die als Erste auf diese Entwicklung aufmerksam gemacht hat, feststellt, haben die Staaten nach den spekulativen Preisturbulenzen das Vertrauen in den Markt verloren.<sup>(3)</sup> Sie wollen Produktion und Importe möglichst selbst kontrollieren, anstatt von Agrarhandel und Spekulanten abhängig zu sein. Dabei zielen sie auch auf Länder, die sich, wie Äthiopien, selbst nicht versorgen können und auf Nahrungsmittelimporte oder

sogar auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen sind.

Dieses Interesse von Regierungen und Investoren trifft sich mit der Strategie von Weltbank und anderen Entwicklungsfinanziers. Seit vier, fünf Jahren verstärken diese ihre Bemühungen, die Landwirtschaft wieder zum Zugpferd für Wirtschaftswachstum und Entwicklung zu machen und begrüßen die „Chancen“, die diese Investitionen eröffnen würden. Schließlich versprechen die ausländischen Investoren Geld für die marode Infrastruktur, Beschäftigung, gelegentlich auch Schulen und Krankenstationen. Um die Investoren zu locken, wollen Weltbank & Co. selbst Milliardeninvestitionen in den Ausbau von Straßen, Flughäfen, Containerterminals und Staudämmen stecken. Sie unterstützen Empfängerregierungen beim Aufbau von Institutionen und beraten diese, wie sie durch Reformen von Eigentumsrechten, die den Investoren gesicherte Landrechte verschaffen, und durch den Abbau von Handelshindernissen das Investitionsklima verbessern können.

### Savannenbewohnern droht Vertreibung

Allerdings sehen auch die Entwicklungsfinanziers, dass die neue Kolonisierung nicht unproblematisch ist: Vielen Menschen, die jetzt in und von der Savanne leben, droht die Vertreibung, da ihre traditionellen Nutzungsrechte nicht gesichert sind. Brisant sind auch die Aussichten, dass Nahrungsmittel exportiert werden könnten, während die einheimische Bevölkerung hungert. Gleichzeitig stehen viele Fragezeichen über dem Kolonialisierungsprogramm: Gibt es überhaupt genug Wasser? Wie können Umweltschäden durch Dünger und Agrargift oder der Verlust von natürlicher Vegetation und biologischer Vielfalt begrenzt werden? Und es gibt Widerstand. Daewoo sah sich deshalb gezwungen seine Pläne in Madagaskar zurückzuschrauben, China musste Vorhaben in Mosambik stoppen.

Die neue Landnahme ist inzwischen wirtschaftlich so wichtig – aber auch politisch so brisant –, dass sie beim G8-Gipfel im Juli in Italien, wo unter anderem die

globale Ernährungssicherheit auf der Tagesordnung stand, Thema war. Japan schlug freiwillige Richtlinien und Verhaltensregeln vor, um „die Interessen der Gastländer und der Investoren zu harmonisieren“ und Konflikte zu verhindern. Um „die Chancen zu nutzen und die Risiken zu verringern“ fordert auch die FAO, dass in den Verträgen Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen, der Ausbau der Infrastruktur gesichert, Verbesserungen für die lokale Bevölkerung und Umweltschutzmaßnahmen vereinbart werden. Zudem müssten die Bodenspekulation unterbunden und lokale Landrechte gesichert werden.

### Kleinbauern brauchen Investitionen

Niemand bestreitet, dass Investitionen in Afrikas Landwirtschaft und in ländliche Räume notwendig sind. Aufgrund der jahrzehntelangen Vernachlässigung der kleinbäuerlichen Betriebe sind Produktion und Produktivität gering. Die Getreideerträge beispielsweise liegen um 40 Prozent unter denen in anderen Entwicklungsländern. Doch um Ernährungsunsicherheit, Armut und ökologische Schäden zu verringern, müssten vorrangig die kleinbäuerliche Landwirtschaft und der Anbau von Grundnahrungsmitteln für die eigene oder die regionale Versorgung verbessert werden, wie zum Beispiel der Bericht des Weltagrarrates hervorhebt.<sup>(4)</sup>

Einerseits bekennen sich auch internationale Finanz- und Entwicklungsinstitutionen zu diesem Ansatz. So sollte nach Ansicht von FAO und Weltbank in der Guinea-Savanne die kleinbäuerliche Landwirtschaft gefördert werden, „um eine ausgeglichene Entwicklung zu erreichen und soziale Konflikte zu vermeiden“. Eine großflächige großindustrielle Entwicklung sei „für Afrika weder notwendig noch besonders erfolgversprechend“, beruhigen Weltbank und FAO.

Andererseits schlägt ihr Herz gleichzeitig für die Investoren, die nach ihrer Auffassung die erforderlichen Kapitalmittel und Technologien, die Effizienz und Produktivität bringen werden. Mechanisierung zum Beispiel sei „unvermeidlich“, wenn „Land in Gebieten mit geringer Bevölkerung, wie

es in großen Teilen der Guinea-Savanne der Fall ist, entwickelt werden soll“. Auch „wirtschaftliche Vorteile von Massenproduktion“ und die Konkurrenzfähigkeit auf Exportmärkten, die strikte Qualitätsstandards haben, würden „für eine großflächige Landwirtschaft“ sprechen.

### Umweltschäden sind vorprogrammiert

Nicht Millionen Kleinbauern, sondern wenige Großfarmen und -plantagen könnten daher von einer Erschließung der Savanne profitieren. Mit dem Agrobusiness würden Hochertragsorten und Gentechnologie, Agrarchemie, Mechanisierung und Monokulturen kommen, aber nur wenige Arbeitsplätze, um die verdrängten Kleinbauern und Hirten aufzufangen. Die kommerziellen Unternehmen werden vor allem für den Export produzieren – Agrartreibstoffe für Europa, Nahrungsmittel für Länder wie Korea, China oder die Golfstaaten. Damit würde auch Afrikas Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten bestehen bleiben. Und ob die ökologischen Schäden wie der Verlust der Savannenvegetation, Bodenerosion und Belastungen durch Agrarchemie wirklich unter Kontrolle gehalten werden, wie Weltbank und FAO selbstsicher verkünden, ist fraglich. Der schlafende Riese könnte sich, wenn er denn tatsächlich geweckt werden sollte, als zerstörerischer Moloch erweisen.

### Anmerkungen

- ▶ (1) Karte: [www.fao.org/news/story/en/item/20987/icode](http://www.fao.org/news/story/en/item/20987/icode)
- ▶ (2) Morris, M. u. a.: *Awakening Africa's Sleeping Giant. Prospects for Commercial Agriculture in the Guinea Savannah Zone and Beyond*. World Bank, Washington 2009
- ▶ (3) Briefing: [www.grain.org/briefings/?id=212](http://www.grain.org/briefings/?id=212)
- ▶ (4) Bericht: [www.agassessment.org](http://www.agassessment.org)

Uwe Hoering lebt als Publizist in Bonn. Er ist Autor von „Agrarkolonialismus in Afrika“ (VSA-Verlag 2007) und weiterer Veröffentlichungen zu internationaler Umwelt- und Entwicklungspolitik sowie sozialen Bewegungen.

Kontakt: E-Mail:  
[mail@globe-spotting.de](mailto:mail@globe-spotting.de),  
[www.globe-spotting.de](http://www.globe-spotting.de)

